

Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein | Herzog-Adolf-Straße 1 | 25813 Husum

Betriebssitz Husum

Gemeinde List auf Sylt
vertr. d.d. Kurverwaltung List auf Sylt
vertr. d.d. Kurdirektorin Maiken Neubauer
Landwehrdeich 1

Ihre Nachricht vom: 02.08.2023
Mein Zeichen: 409 / 5152.22-54/078_2023_01
Meine Nachricht vom: /

25992 List auf Sylt

Lisa Rentsch
Lisa.Rentsch@lkn.landsh.de
Telefon: 04841 667-179
Telefax: 04841 667-115

Über:
KNUTH+SCHILL Architekten Part mbB
Schulweg 8c

25980 Sylt

Vorab per E-Mail an: architekten@knuth-schill.de

Nachrichtlich:
Kreis Nordfriesland
Untere Bauaufsichtsbehörde
Marktstr. 6

25813 Husum

Vorab per E-Mail an: bente.peters@nordfriesland.de



Küstenschutzrechtliche Genehmigung

nach

§ 80 Abs. 1 des Landeswassergesetzes

Der **Gemeinde List auf Sylt**
Landwehrdeich 1
25992 List auf Sylt

wird auf Antrag vom 02.08.2023, mit nachgereichten Unterlagen vom 25.10.2023, gem. § 80 Abs. 1 des Wassergesetzes des Landes Schleswig-Holstein (LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28.11.2019 (GVOBl. Schl.-H. 2019, S. 426), in der zurzeit geltenden Fassung, die

Genehmigung für die Beseitigung und Neubau der Strandversorgung „Lister Austernperle“

- Am Lister Oststrand, Mannemorsumtal 33c, 25992 List auf Sylt (Küstenkilometer: 35.850)
- Im Wesentlichen:
 - Vorbereitende Maßnahmen und Baustelleneinrichtung ab dem 02.01.2023
 - Abbruch der vorhandenen Strandversorgung ab dem 15.01.2023
 - Tief- und Gründungsarbeiten ab dem 04.03.2023
 - Neubau des Podestes und Errichtung des Gebäudes ab dem 01.04.2024

im Folgenden als „Anlage“ bezeichnet
erteilt.

1. Verbindliche Unterlagen

Für die Genehmigung sind folgende Unterlagen mit den in „grün“ eingetragenen Prüfvermerken verbindlich:

- | | |
|---------|---|
| Anl. 01 | Antrag vom 02.08.2023 |
| Anl. 02 | Lageplan, Maßstab 1:500, vom 02.08.2023 |
| Anl. 03 | Bauzeitenplan ab Januar 2024 vom 02.08.2023 |
| Anl. 04 | Geotechnische Stellungnahme Nr. 01 vom 16.10.2023 |

2. Nebenbestimmungen

- a) Die Genehmigung erlischt, wenn die Maßnahme nicht bis zum 31.12.2026 begonnen wurde. Fristverlängerungen sind bei der unteren Küstenschutzbehörde schriftlich zu beantragen.

- b) Vor dem Baubeginn ist der unteren Küstenschutzbehörde ein statischer Nachweis über die Hochwassersicherheit der Pfahlgründung unter Berücksichtigung von Wellenschlag, Eisgang und Treibselkollision vorzulegen.
- c) Geplante Änderungen, wesentliche Instandsetzungen oder die Außerbetriebnahme der Anlage sind der unteren Küstenschutzbehörde rechtzeitig schriftlich anzuzeigen, so dass ein Genehmigungsverfahren durchgeführt werden kann.
- d) Diese Genehmigung erlischt sobald die Anlage zurückgebaut wurde, oder wenn ohne vorherige Zustimmung der unteren Küstenschutzbehörde wesentliche Änderungen am genehmigten Vorhaben vorgenommen werden.
- e) Das Bauvorhaben ist unter enger Absprache und im Einvernehmen mit dem Fachbereich 60 (Neubau Deiche und sonstige Küstenschutzanlagen) durchzuführen. Verbindung ist noch vor dem Baubeginn aufzunehmen.

Ansprechpartner: Herr Siefert, Tel.: 04841-667 353

- f) Den Beauftragten der unteren Küstenschutzbehörde ist der Zutritt zum Vorhaben, im Rahmen der dienstlichen Aufgaben, jederzeit zu gestatten.
- g) Der Baubeginn ist der unteren Küstenschutzbehörde mindestens zwei Wochen vor Aufnahme der Arbeiten unter Verwendung des beigefügten Formulars „Anzeige Baubeginn“ schriftlich anzuzeigen.
- h) Der Fortschritt der Bauarbeiten ist fortlaufend bildlich und textlich zu dokumentieren und der unteren Küstenschutzbehörde einmal wöchentlich zur Kenntnis zu geben.
- i) Nach Beendigung der Bauarbeiten ist die behördliche Abnahme, unter Verwendung des beigefügten Formulars „Anzeige Bauende“, bei der unteren Küstenschutzbehörde zu beantragen. Die Anlage darf erst nach der erfolgten Abnahme in Betrieb genommen werden.
- j) Nach der Bauausführung ist ein Bestandsplan vorzulegen sowie ein Übersichtsplan, aus dem die Leitungsverläufe in Lage und Tiefe hervorgehen.
- k) Die Genehmigung der Abweichung von der Bauzeit gilt nur für den beantragten Zeitraum und nur für die in Anl. 03 beschriebenen Arbeiten. Die angegebenen Zeiträume für die jeweiligen Arbeitsschritte sind verbindlich.

Wird hiervon abgewichen, ist in dringlichen Fällen (z. B. unaufschiebbare Reparaturleistungen) die vorherige Zustimmung der unteren Küstenschutzbehörde einzuholen. Die Zustimmungspflicht entfällt bei Notsicherungsmaßnahmen. Die getroffenen Maßnahmen sind der unteren Küstenschutzbehörde nachträglich anzuzeigen.

- l) Vor dem Baubeginn ist der Notfallplan zu überarbeiten.

Der überarbeitete Notfallplan hat mindestens die folgenden Angaben zu enthalten:

- Beschreibung der für die kurzfristige Sicherung (binnen 12 Stunden) der Baustelle erforderlichen Arbeiten sowie **Angaben zum dafür notwendigen Material und Personal**
- **Maßnahmenkatalog, der unterschiedliche Wasserstände berücksichtigt;** hierbei muss ebenso die Räumung des Lagerplatzes 2 bei hohen Wasserständen eingeplant werden. Bei leicht erhöhten Wasserständen mit einer häufigen Auftrittswahrscheinlichkeit (HW10, HW20) könnte die als Lagerfläche vorgesehene Düne erodieren und die Stahlplatten abrutschen. Die Höhe des Dünenfußes der Vordüne liegt bei ca. 2,8 - 3,2 m über NHN. Generell müssen Wasserstände bis zu 4,3 m über NHN (HW200) berücksichtigt werden.

- Zusätzlich muss das Entfernen der Bauzäune miteinbezogen werden, da diese aufschwimmen können.
- Generell sind die **unterschiedlichen Bauzustände** zu betrachten und die **notwendigen Sicherungsmaßnahmen** dafür jeweilig zu beschreiben. (Bspw. Beschreibung, wie der Abtransport lagernder Materialien auf Lageplatz 2 organisiert wird bei Wasserständen, die dieses erfordern.)
- **Benennung eines Verantwortlichen für die tägliche Kontrolle der prognostizierten Wasserstände**
- **Benennung eines Verantwortlichen mit Weisungsbefugnissen für die Ausführung der notwendigen Sicherungsarbeiten (durchgängige Erreichbarkeit) sowie Benennung eines gleichberechtigten Stellvertreters**

Der überarbeitete Notfallplan bedarf der vorherigen und ausdrücklichen Zustimmung der unteren Küstenschutzbehörde.

- m) Die Sicherung der Baustelle hat unverzüglich zu erfolgen, sofern die prognostizierten Wasserstände dies erforderlich machen.
- n) Die Kontrolle der Wasserstandsprognosen nach l) hat mindestens einmal täglich zu erfolgen.
- o) Bauarbeiten – insbesondere Tief- und Gründungsarbeiten – sind auch nach der Sturmflutzeit nur bei entsprechender Wetterlage durchzuführen.
- p) Die durchgehende Befahrbarkeit der Rampen und Wege darf während der Bauphase nicht beeinträchtigt werden. Ihre Benutzung ist mit dem Fachbereich 60 gem. e) abzustimmen. Es sind geeignete Sicherungsmaßnahmen für das Befahren der Promenade mit Baufahrzeugen zu treffen.
- q) Die Baustelle muss täglich geräumt werden. Alle während des Bauens verwendeten Hilfsmittel, die nur für die Baudurchführung notwendig sind, sind nach Bauabschluss zu entfernen.
- r) Nach der Beendigung des Bauvorhabens ist die vorgelagerte Düne, auf der der Lagerplatz 2 errichtet wird, wieder mit dünentypischem Bewuchs (Strandhafer) zu bepflanzen.
- s) Baustoffe und Baugeräte dürfen nicht auf dem Deckwerk gelagert werden.
- t) Schäden und Mängel am Deckwerk, die durch das Bauvorhaben verursacht werden, sind der unteren Küstenschutzbehörde unverzüglich anzuzeigen. Verursachte Schäden am Deckwerk sind auf eigene Kosten zu beseitigen.
- u) Diese Genehmigung, oder eine Kopie davon, ist im Rahmen der Bauausführung und während des Betriebs der Anlage ortsnah aufzubewahren und auf Verlangen der unteren Küstenschutzbehörde vorzulegen.

Diese Genehmigung ergeht unter dem Vorbehalt des Widerrufs gem. § 107 Abs. 2 Nr. 3 LVwG. Die Genehmigung kann im öffentlichen Interesse entschädigungslos insbesondere dann eingeschränkt oder widerrufen werden, wenn das Vorhaben aus Küstenschutz- bzw. Hochwasserschutzgründen beseitigt oder wesentlich geändert werden muss.

Diese Genehmigung ergeht unter dem Vorbehalt der nachträglichen Aufnahme, Änderung oder Ergänzung einer Auflage gem. § 107 Abs. 2 Nr. 5 LVwG.

3. Hinweise

- Die Genehmigung ergeht unbeschadet der Rechte Dritter. Sie ersetzt ferner keine Genehmigungen, die nach anderen Vorschriften erforderlich sind.
- Durch Errichtung, Unterhaltung und Betrieb der Anlage dürfen die Belange des Küstenschutzes nicht beeinträchtigt werden. Die Genehmigungsinhaberin hat zu dulden, dass es durch Küstenschutzmaßnahmen zu Beeinträchtigungen des Bauablaufs und an der Anlage kommen kann.
- Die Genehmigungsinhaberin hat die Anlage laufend zu überwachen und in einem betriebs- und verkehrssicheren Zustand zu erhalten. Sie ist verpflichtet, die Anlage auf eigene Kosten zu unterhalten.
- Plant die Genehmigungsinhaberin das Vorhaben auf einen Nachfolger zu übertragen, ist sie verpflichtet, dieses der unteren Küstenschutzbehörde anzuzeigen.
- Änderungen der Anschrift oder anderer Angaben der Genehmigungsinhaberin sind der unteren Küstenschutzbehörde unverzüglich mitzuteilen.
- Erlischt diese Genehmigung oder wird sie widerrufen oder zurückgenommen, so ist die Genehmigungsinhaberin verpflichtet, die Anlage auf Verlangen nach angemessener Frist ganz oder teilweise zu beseitigen und den früheren Zustand wiederherzustellen. Im Weiteren ist in diesem Fall diese Urkunde gemäß § 118b LVwG auf Verlangen der unteren Küstenschutzbehörde zurückzugeben.
- Aus dieser Genehmigung können keine Ansprüche bei Wasser- und Windschäden oder aus sonstigen Folgewirkungen der Anlage hergeleitet werden.
- Eine gesetzliche Verpflichtung des Landes Schleswig-Holstein zum Schutz der Küste besteht nicht und kann aus dieser Genehmigung nicht abgeleitet werden.
- Bei der Umsetzung von Vorhaben in gefährdeten Bereichen bestehen gegenüber dem Land Schleswig-Holstein keine Ansprüche auf Finanzierung oder Übernahme notwendiger Schutzmaßnahmen.

4. Begründung

4.1 Küstenschutzrechtliche Würdigung

4.1.1 Sachverhalt

Die Gemeinde List plant, die bereits vorhandene Strandversorgungseinrichtung „Lister Austernperle“, Mannemorsumtal 33c, 25992 List auf Sylt zu beseitigen und neu zu errichten. Am 15.03.2023 wurde der LKN.SH von der unteren Bauaufsichtsbehörde des Kreises Nordfriesland aufgefordert, eine Stellungnahme abzugeben. In diesem Zuge wurde festgestellt, dass es für das Vorhaben einer Genehmigung nach § 80 LWG bedarf. Am 02.08.2023 wurde daher von der Gemeinde List über das Architektenbüro KNUTH+SCHILL das Bauvorhaben beantragt. Parallel wurde ein Antrag auf Befreiung vom Bauverbot in der Sturmflutzeit ab dem 02.01.2023 gestellt. Ein vorläufiges Notfallkonzept, ein Bauzeitenplan sowie ein Lageplan wurden vorgelegt. Am 25.10.2023 wurde das geotechnische Gutachten nachgereicht.

4.1.2 Genehmigungsverfahren

Gemäß § 80 Abs. 1 LWG bedarf die Errichtung, Beseitigung oder wesentliche Änderung von Anlagen an der Küste einer Genehmigung der unteren Küstenschutzbehörde, soweit nachteilige Wirkungen nicht auszuschließen sind. Die Lister Austernperle wird baulich durch Pfahlgründung mit dem Boden verbunden; daher handelt es sich um eine Anlage an der Küste, die beseitigt und neu errichtet wird.

Gemäß § 60 Abs. 6 LWG ist die Sicherung der Inseln Aufgabe des Landes. Hierfür sind Sicherungsmaßnahmen i. S. d. Wohls der Allgemeinheit und des Küstenschutzes zu treffen. Durch das Deckwerk Frischwassertal/Mannemorsumtal soll die festgelegte Küstenlinie gesichert werden. Durch die Tief- und Gründungsarbeiten könnten möglicherweise unter dem Sand befindliche Abschnitte des Deckwerks beschädigt werden. Insofern kann eine nachteilige Wirkung nicht ausgeschlossen werden. Aus der geotechnischen Stellungnahme Nr. 01 (Anl. 04) geht hervor, dass sich mit hoher Wahrscheinlichkeit kein Deckwerk unter dem geplanten Bauvorhaben befindet.

Weiterhin ist in diesem Zusammenhang die geplante Deckwerksverstärkung des Deckwerkes Frischwassertal/Mannemorsumtal im Zeitraum 2024-2026 zu berücksichtigen. Sollte es durch den Neubau der Lister Austernperle zu Verzögerungen des Baufortschritts am Deckwerk kommen – z.B. durch Verzahnung der jeweiligen Baustellen oder durch Blockierung der Zuwegungen –, so wäre dies ebenfalls als nachteilige Wirkung auszulegen. Durch die Verpflichtung der Antragstellerin zur Abstimmung des Bauvorhabens mit dem Fachbereich 60 (Neubau Deiche und sonstige Küstenschutzanlagen) des LKN.SH kann diese nachteilige Wirkung verhütet werden.

Ebenso sind nachteilige Wirkungen auf die Küstenmorphologie zu betrachten. Die umliegenden Dünen könnten maßgeblich zum Erhalt und zur Sicherung der Küstenlinie beitragen. Eine Beeinträchtigung der Dünen könnte Erosionsprozesse und damit den Küstenrückgang beschleunigen. Bei näherer Betrachtung handelt es sich bei den umliegenden Dünen allerdings um vorgelagerte Primärdünen, denen eine deutlich geringere Relevanz im Sinne des Küstenschutzes als den Sekundärdünen, die sich noch hinter der geplanten Anlage befinden, zukommt.

Nach § 80 Abs. 3 LWG ist die Genehmigung zu versagen, wenn von Anlagen nach § 80 Abs. 1 LWG und den Vorhaben zum Erhalt von Vorland eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit, insbesondere der Belange des Küstenschutzes oder der öffentlichen Sicherheit zu erwarten ist, die nicht durch Auflagen verhütet oder ausgeglichen werden kann. Die Strandversorgungseinrichtung „Lister Austernperle“ ist für die öffentliche Nutzung vorgesehen und liegt damit im Interesse der Allgemeinheit. Die Neuerrichtung der Anlage sowie das Abweichen von der Bauverbotszeit ist mit den entsprechenden Auflagen und der strikten Einhaltung des Notfallkonzepts mit den Belangen des Küstenschutzes vereinbar.

4.1.3 Ergebnis

Die erforderliche Ausnahmegenehmigung nach § 80 Abs. 1 LWG kann folglich erteilt werden. Eine Abweichung von der Bauverbotszeit wird gewährt.

4.2 Naturschutzrechtliche Würdigung

4.2.1 UVP-Pflicht

Bei der geplanten Anlage handelt es sich um ein Vorhaben, das nicht in der Anlage 1 zum Landesgesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (LUVPG) aufgeführt ist.

Eine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht daher nicht.

4.2.2 Eingriffsregelung

Durch das geplante Vorhaben kommt es zur dauerhaften Überbauung von Küstendünen durch die Podestanlage. Und es kommt zur zeitlich befristeten Inanspruchnahme von Küstendünen als Arbeitsräume.

Bei dem Herstellen der Anlage handelt es sich um Eingriffe in Biotopie gem. § 30 BNatSchG i.V. mit § 21 LNatSchG. Eine Befreiung gem. § 67 BNatSchG wird von der unteren Naturschutzbehörde gesondert erteilt.

4.3 Zuständigkeit

Die Zuständigkeit für die Erteilung der küstenschutzrechtlichen Genehmigung ergibt sich aus § 4 Abs. 2 Satz 1 der Landesverordnung über die Zuständigkeit der Wasser- und Küstenschutzbehörden (WaKüVO).

4.4 Begründung der Nebenbestimmungen

- a) Diese Bedingung ist erforderlich, damit bei einer verzögerten Umsetzung des Vorhabens und einer zwischenzeitlichen Änderung der Rechtslage eine Neubewertung des Sachverhalts erfolgen kann.
- Sie ist somit geeignet um auf veränderte Rahmenbedingungen zu reagieren. Der Übergangszeitraum von drei Jahren ist in diesem Zusammenhang als angemessen anzusehen, um technische Unterlagen zu konkretisieren und das genehmigte Vorhaben zu beginnen.
- b) - d) Diese Bedingungen sind erforderlich und geeignet um nicht genehmigungsfähige Bauzustände zu vermeiden. Sie dienen insbesondere dazu, Eingriffe durch nicht genehmigte Ersatzbauten zu verhindern.
- e) - i) Diese Auflagen sind erforderlich, um die ordnungsgemäße Abwicklung des Vorhabens unter besonderer Berücksichtigung der Belange des Küsten- und Hochwasserschutzes sicherzustellen.
- j) Diese Auflage ist erforderlich, um die vorhandenen Bauwerke an der Küste in ihrem Bestand zu erfassen. Dies ermöglicht die Berücksichtigung im Rahmen der Risikoabwägung und Gefahrenabwehr.
- k) - r) Diese Auflagen dienen der unmittelbaren Sicherung der Küste vor Schäden, die während der Bauphase durch hohe Wasserstände und Wellengang hervorgerufen werden können.
- s) - t) Diese Auflagen sind erforderlich, um zu gewährleisten, dass die gewährte Benutzung keine Beeinträchtigung für die ordnungsgemäße Unterhaltung oder die Wehrfähigkeit der betroffenen Küstenschutzanlage darstellt.
- u) Diese Auflage dient der Vereinfachung der Kontrollaufgaben der unteren Küstenschutzbehörde.

5. Kostenentscheidung

Nach dem Verwaltungskostengesetz des Landes Schleswig-Holstein vom 17.01.1974 (GVBl. Schl.-H. 1974, S. 37) sowie dem Gebührentarif der Landesverordnung über Verwaltungsgebühren vom 26.09.2018 (GVBl. Schl.-H. 2018, S. 476) in den zzt. gültigen Fassungen sind folgende Verwaltungskosten zu erheben:

- Tarifstelle 24.18.3 für Küstenschutzbehördliche Genehmigungen nach § 80 Absatz 1
Gebührensatz 50 bis 5.000 €

Verwaltungsleistung	Zeitaufwand LBGr. 2.1.	Gebühr
<ul style="list-style-type: none">Aufnahme und Durchsicht der Antragsunterlagen	1,00 Std.	68,00 €

• Beteiligung der zuständigen Naturschutzbehörde	0,50 Std.	34,00 €
• fachtechnische Prüfung der Antragsunterlagen	2,00 Std.	136,00 €
• Vorbereiten des Genehmigungsbescheids	2,00 Std.	136,00 €
• Ausfertigung des Genehmigungsbescheids	1,00 Std.	68,00 €
Gesamtaufwand	6,50 Std.	442,00 €

Der entstandene Verwaltungsaufwand beläuft sich insgesamt auf 6,50 Personalstunden der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt (Stundensatz: 68,00 €, gem. § 6 Abs. 2 VerwGebVO).

Auf die nähere Ermittlung von Reisekosten und Sachkosten wird aufgrund von Geringfügigkeit verzichtet.

Aufgrund der aufgeführten Berechnung ist eine Verwaltungsgebühr in Höhe von

442,00 €

zu erheben.

Dieser Betrag ist spätestens 14 Tage nach Eingang der Genehmigung auf nachfolgend genanntes Konto unter Angabe des Kassenzeichens einzuzahlen:

Kontobezeichnung: Finanzministerium, Landeskasse LKN
 IBAN: DE47 2000 0000 0020 2015 28
 BIC: MARKDEF1200
 Kassenzeichen: 55000322655700

6. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein, Herzog-Adolf-Straße 1, 25813 Husum erhoben werden.

Husum, den 07.12.2023

Landesbetrieb für Küstenschutz,
 Nationalpark und Meeresschutz
 Schleswig-Holstein



Lisa Rentsch

zus. Anlagen:

Anzeige Baubeginn

Anzeige Bauende



Antrag auf küstenschutzrechtliche Genehmigung nach §80 LWG

Bauvorhaben Beseitigung und Neubau einer Strandversorgung am Lister Oststrand
„Lister Austernperle“
Mannemorsumtal 333c | 25992 List auf Sylt

Bauherr Gemeinde List auf Sylt
vert. d.d. Kurverwaltung List auf Sylt
vert. d.d. Kurdirektorin Maiken Neubauer
Landwehrdeich 1 | 25992 List auf Sylt

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir beantragen im Namen unseres Bauherrn für das o.a. Bauvorhaben „Beseitigung und Neubau einer Strandversorgung am Lister Oststrand“ die küstenschutzrechtliche Genehmigung nach §80 LWG – Genehmigung für Anlagen an der Küste.

Anliegend erhalten Sie einen Übersichtsplan mit den vorgesehenen Wegeverbindungen und Lagerflächen sowie einen Bauzeitenplan (ab April 2024.)

Des Weiteren finden Sie in den Anlagen einen Antrag auf Ausnahmegenehmigung bzgl. der Bauzeitbegrenzung sowie einen dazugehörigen Bauzeitenplan (ab Januar 2024).

Wir bitten Sie hiermit um Prüfung und Genehmigung des Antrags nach §80 LWG sowie des Ausnahmeantrags.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Maren Knuth
Architektin M.A.

Anlage 01
zur Genehmigungs-Nr.
5152.22-541078-2023-01

Zutreffendes bitte ankreuzen

Baubewilligung Gemeinde List/Sylt; vert.d. Kurverwaltung List/ Sylt; vert.d. Kurdirektorin Maiken Neubauer		PLZ, Ort, Datum 25980, Sylt, 24.02.2023		1. Ausfertigung für die Bauaufsichtsbehörde 2. Ausfertigung für die Gemeinde 3. Ausfertigung für die Bauherren/Bauherin 4. Ausfertigung für die Akte	
<input checked="" type="checkbox"/> Bauantrag im vereinfachten Baugenehmigungsverfahren nach § 63 Landesbauordnung (LBO) Das vereinfachte Baugenehmigungsverfahren nach § 63 LBO kommt für die in § 63 Abs. 1 LBO genannten Vorhaben zur Anwendung, wenn die Bauvorlagen - mit Ausnahme der bautechnischen Nachweise - von Entwurfsverfassenden oder Entwurfsverfassern nach § 65 Abs. 2 LBO gefertigt sind.				Eingangsstempel der Bauaufsichtsbehörde	
<input type="checkbox"/> Genehmigungsfreistellung nach § 62 Landesbauordnung (LBO) Die Genehmigungsfreistellung kommt für Vorhaben nach § 62 Abs. 1 LBO zur Anwendung, wenn sie im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes i.S. des § 30 Abs. 1 oder 2 Baugesetzbuch (BauGB) liegen, die Voraussetzungen nach § 62 Abs. 2 LBO erfüllt sind und die Bauvorlagen von Entwurfsverfassenden oder Entwurfsverfassern nach § 65 Abs. 2 LBO gefertigt sind. Die bautechnischen Nachweise müssen von Personen aus der Liste nach § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 des Architekten- und Ingenieurkammergesetzes aufgestellt sein.				Aktenzeichen der Bauaufsichtsbehörde	
<input type="checkbox"/> Hiermit bestimme ich, dass im Falle einer die Genehmigungsfreistellung ablehnenden Erklärung der Gemeinde (§ 62 Abs. 2 Nr. 4 LBO) die Bauvorlagen als Bauantrag zu behandeln sind.				Eingangsstempel der Gemeinde	
<input type="checkbox"/> Bauantrag im Baugenehmigungsverfahren nach § 64 Landesbauordnung (LBO) Das Baugenehmigungsverfahren nach § 64 LBO kommt bei Sonderbauten (§ 2 Abs. 4 LBO), bei bauvorlageberechtigten Personen nach § 65 Abs. 3 LBO und in den Fällen des § 65 Abs. 1 Satz 2 LBO zur Anwendung.				Aktenzeichen der Gemeinde	
<input type="checkbox"/> Anzeige der Beseitigung von Anlagen nach § 61 Abs. 3 Satz 3 Landesbauordnung (LBO) <input type="checkbox"/> Gebäude der Gebäudeklasse 2 <input type="checkbox"/> sonstige/s nicht freistehende/s Gebäude <input type="checkbox"/> sonstige Anlagen mit einer Höhe von mehr als 10 m, freistehende/s Gebäude der Gebäudeklasse 4 oder 5 Bei Gebäuden der Gebäudeklasse 2 muss die Standsicherheit von Gebäuden, an die das zu beseitigende Gebäude angebaut ist, von einer Person aus der Liste nach § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 des Architekten- und Ingenieurkammergesetzes bestätigt sein. Bei sonstigen nicht freistehenden Gebäuden muss die Standsicherheit von Gebäuden, an die das zu beseitigende Gebäude angebaut ist, bauaufsichtlich geprüft sein. Das gilt entsprechend, wenn die Beseitigung eines Gebäudes sich auf andere Weise auf die Standsicherheit anderer Gebäude auswirken kann. Den Prüfauftrag hat die untere Bauaufsichtsbehörde zu erteilen. Die für die Beseitigung erforderlichen Bauvorlagen nach § 6 der Bauvorlagenverordnung sind beizufügen.				<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
An die Bauaufsichtsbehörde Kreis Nordfriesland, Marktstr. 6, 25813 Husum					
Gegenstand des Bauantrages/der Genehmigungsfreistellung/der Anzeige ist das nachstehend beschriebene Bauvorhaben					
I. Baugrundstück					
1. Lage und Größe des Baugrundstücks Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, Kreis Mannemorsumtal 333c; 25992 List auf Sylt; Kreis Nordfriesland					
Grundbuch von		beim Amtsgericht		Band	
Gemarkung(en)		Flur(e)		Flurstück(e)	
List		3		904+905	
				Grundstücksgröße	
				1.170,00 m²	
<input checked="" type="checkbox"/> Das zur Bebauung vorgesehene Grundstück liegt im Geltungsbereich des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes nach § 30 Abs. 1, 2 oder 3 BauGB					
Bezeichnung des Bebauungsplanes		Gebiet		Nr.	
		"Austernperle" für das Gebiet südl. d. Straße Mannemorsumtal		48	
Aufgestellt von		Gemeinde List auf Sylt			
2. Bebauung					
<input type="checkbox"/> Das Grundstück ist nicht bebaut. <input checked="" type="checkbox"/> Das Grundstück ist bereits bebaut.		Das letzte Vorhaben wurde genehmigt/im Rahmen eines bauaufsichtlichen Verfahrens eingereicht am		Datum 03.11.2005	
				Aktenzeichen 0103/05	
3. Baulasten					
<input checked="" type="checkbox"/> Im Baulastenverzeichnis ist weder zulasten des Baugrundstücks noch zugunsten des Baugrundstücks auf einem anderen Grundstück eine Baulast eingetragen.					
<input type="checkbox"/> Im Baulastenverzeichnis ist zulasten des Baugrundstücks eine Baulast eingetragen wegen					
<input type="checkbox"/> Übernahme fehlender Abstandflächen		<input type="checkbox"/> Übernahme von Geh-, Fahr- und/oder Leitungsrechten		<input type="checkbox"/> Sonstigen	
begünstigtes Grundstück					
Gemarkung		Flur		Flurstück	

Fortsetzung auf Blatt 2

Anlage 01
zur Genehmigungs-Nr.

5152.22-54/078.2023-01

<input type="checkbox"/> Im Baualtenverzeichnis ist zugunsten des Baugrundstücks eine Baulast eingetragen wegen			
<input type="checkbox"/> Übernahme fehlender Abstandflächen	<input type="checkbox"/> Übernahme von Geh-, Fahr- und/oder Leitungsrechten	<input type="checkbox"/> Sonstigen	
belastetes Grundstück			
Gemarkung	Flur	Flurstück	

II. Bauvorhaben

<input checked="" type="checkbox"/> Errichtung (z. B. Neubau, Wiederaufbau)	<input type="checkbox"/> Nutzungsänderung, die keinen Sonderbau zur Folge hat	<input type="checkbox"/> Änderung (z.B. Umbau, Änderung der Ansicht)
<input type="checkbox"/> Erweiterung	<input type="checkbox"/> Sonderbau nach § 2 Abs. 4 LBO	<input checked="" type="checkbox"/> Beseitigung

Nähere Beschreibung des Vorhabens

Beseitigung und Neubau einer Strandversorgung am Lister Oststrand "Lister Austernperle"

Folgende

<input checked="" type="checkbox"/> Abweichungen vom Bauordnungs- recht (§ 67 Abs. 1 LBO)	siehe anliegender Antrag
<input type="checkbox"/> Ausnahmen/Befreiungen nach § 31 BauGB	

werden beantragt.

Dazugehörige Begründungen (ggf. auf gesondertem Blatt)

III. Persönliche Angaben

Bauherr/in/Bauherrin/Antragsteller/in/Antragsteller

<input type="checkbox"/> natürliche Person	<input checked="" type="checkbox"/> juristische Person	<input type="checkbox"/> Personenhandelsgesellschaft
Name, Vorname bzw. Firma		
Gemeinde List auf Sylt Landwehrdeich 1		
PLZ, Ort	Telefon (mit Vorwahl)	Telefax
25992 List auf Sylt	-/-	-/-
E-Mail (freiwillig)		

Grundstückseigentümerin/Grundstückseigentümer (nur ausfüllen, wenn nicht mit Bauherr/in/Bauherr (identisch))

<input type="checkbox"/> natürliche Person	<input type="checkbox"/> juristische Person	<input type="checkbox"/> Personenhandelsgesellschaft
Name, Vorname bzw. Firma		
Straße, Hausnummer		
PLZ, Ort	Telefon (mit Vorwahl)	Telefax
E-Mail (freiwillig)		

Entwurfsverfasserin/Entwurfsverfasser

Name, Vorname bzw. Firma		
Knuth+Schill Architekten Part mbB		
Straße, Hausnummer		
Schulweg 8c		
PLZ, Ort	Telefon (mit Vorwahl)	Telefax
25980 Sylt	04651-4469877	-/-
E-Mail		
architekten@knuth-schill.de		

☒ Bauvorlageberechtigt nach § 65 Abs. 2 LBO

Beruf

Architekten

selbstständig ☒ ja ☐ nein

ausreichende Berufshaftpflichtversicherung/
adäquate Haftpflichtversicherung nach § 65 Abs. 6 LBO

☒ ja ☐ nein

Versicherer, Vers.-Nr.

VHV H 317-822117 GWU

☐ Bauvorlageberechtigt nach § 65 Abs. 3 LBO

selbstständig ☐ ja ☐ nein

Bei einem Unternehmen:

☐ Bauvorlageberechtigt
nach § 65 Abs. 4 LBO i. V. m. § 65 Abs. 2 LBO

☐ Bauvorlageberechtigt
nach § 65 Abs. 4 LBO i. V. m. § 65 Abs. 3 LBO

Aufstellerin/Aufsteller der bautechnischen Nachweise			
Art der bautechnischen Nachweise			
Statische Berechnung, Wärmeschutz			
Name, Vorname bzw. Firma		Straße, Hausnummer	
Volquardsen Ingenieur GmbH		Dirk-Brodersen-Straße 5	
PLZ, Ort	Telefon (mit Vorwahl)	Telefax	E-Mail (freiwillig)
25980 Sylt	04651 - 82180	-/-	info@sylt-statik.de
<input checked="" type="checkbox"/> Eingetragen in die Liste nach § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 des Architekten- und Ingenieurkammergesetzes		ausreichende Berufshaftpflichtversicherung nach § 66 Abs. 2 Satz 2 LBO <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Beruf		selbstständig <input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein	
Dipl. Ing.			
Aufstellerin/Aufsteller der bautechnischen Nachweise			
Art der bautechnischen Nachweise			
Name, Vorname bzw. Firma		Straße, Hausnummer	
PLZ, Ort		Telefon (mit Vorwahl)	Telefax
			E-Mail (freiwillig)
<input type="checkbox"/> Eingetragen in die Liste nach § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 des Architekten- und Ingenieurkammergesetzes		ausreichende Berufshaftpflichtversicherung nach § 66 Abs. 2 Satz 2 LBO <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Beruf		selbstständig <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Bauleiterin/Bauleiter			
Mitteilung des Namens der Bauleiterin/des Bauleiters mit Adresse, Telefon (freiwillig)/Telefax (freiwillig), E-Mail-Adresse (freiwillig), Beruf (selbstständig ja/nein) und deren/dessen Unterschrift			
<input type="checkbox"/> ist beigelegt.		<input checked="" type="checkbox"/> wird vor Baubeginn nachgereicht.	
Sachverständige Person bzw. sachverständige Stelle i. S. des § 69 Abs. 3 LBO	Name/Anschrift/ Telefon/Fax	Anerkennung als sachverständige Person bzw. sachverständige Stelle	Art der Bescheinigung
IV. Erklärung der Aufstellerin/des Aufstellers der bautechnischen Nachweise und der Fachplanerinnen/Fachplaner (Erklärung im Hinblick auf den Standsicherheitsnachweis auf gesondertem Blatt nach Anlage 2)			
Ich/Wir erkläre, dass die von mir/uns gefertigten Nachweise, Bauvorlagen und Gutachten den öffentlich-rechtlichen Vorschriften entsprechen.			
Ort, Datum	Name	Unterschrift	
Sylt, den 24.02.2023	Dipl.-Ing. K. Bau		
Ort, Datum	Name	Unterschrift	
Sylt, den 24.02.2023			
Für den Fall, dass die bautechnischen Nachweise von verschiedenen Personen aufgestellt sind, übernehme ich die Verantwortung für das ordnungsgemäße Ineinandergreifen dieser Nachweise und überwache bei der Bauausführung die Einhaltung der bautechnischen Anforderungen (§ 66 Abs. 2 Satz 3 und 4 LBO).			
Ort, Datum	Name	Unterschrift	
V. Erklärungen der Bauherrin/des Bauherrn			
Ich erkläre, dass die Angaben nach bestem Wissen gemacht worden sind.			
Für Feuerungsanlagen nach § 42 Abs. 1 LBO werde ich spätestens zehn Werktage vor Baubeginn der Anlagen eine Bescheinigung der bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegerin/des bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegers einholen, aus der hervorgeht, dass sie den öffentlich-rechtlichen Vorschriften entsprechen und die Abgasanlagen, wie Schornsteine, Abgasleitungen und Verbindungsstücke, und die Feuerstätten so aufeinander abgestimmt sind, dass beim bestimmungsgemäßen Betrieb Gefahren oder unzumutbare Belästigungen nicht zu erwarten sind. Über die Fertigstellung der Abgasanlagen, den Anschluss an die Abgasanlagen und die Aufstellung der Feuerstätten werde ich je eine Bescheinigung der bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegerin/des bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegers einholen. Außerdem erkläre ich, dass die Feuerstätten erst in Betrieb genommen werden, wenn die bevollmächtigte Bezirksschornsteinfegerin/der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger die Tauglichkeit und die sichere Benutzbarkeit der Abgasanlagen bescheinigt hat; Verbrennungsmotoren und Blockheizkraftwerke dürfen erst dann in Betrieb genommen werden, wenn sie oder er die Tauglichkeit und sichere Benutzbarkeit der Leitungen zur Abführung von Verbrennungsgasen bescheinigt hat (§ 82 Abs. 2 Satz 4 LBO).			
Mir ist bekannt, dass die Aufstellerinnen oder Aufsteller der bautechnischen Nachweise aus der Liste nach § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 des Architekten- und Ingenieurkammergesetzes bei der Bauausführung die Einhaltung der bautechnischen Anforderungen zu überwachen haben (§ 66 Abs. 2 Satz 4 LBO). Bei baulichen Anlagen nach § 66 Abs. 3 Satz 1 LBO prüft die Prüfingenieurin oder der Prüfingenieur den Standsicherheitsnachweis, es sei denn, dieses ist nach Anlage 2 der Bauvorlagenverordnung nicht erforderlich. Den Personen, welche die Bauüberwachung vorzunehmen haben, werde ich den Baubeginn anzeigen und damit die Bauüberwachung veranlassen (§ 53 Abs. 1 Satz 7 LBO).			
Den Baubeginn werde ich der Bauaufsichtsbehörde nach § 72 Abs. 8 LBO mindestens eine Woche vorher schriftlich mitteilen (Baubeginnanzeige).			

Die beabsichtigte Aufnahme der Nutzung werde ich der Bauaufsichtsbehörde mindestens zwei Wochen vorher anzeigen (§ 82 Abs. 2 LBO) und dabei vorlegen:

1. Bei Bauvorhaben nach § 66 Abs. 3 Satz 1 LBO eine Bescheinigung der Prüflingenieurin/des Prüflingenieurs für Standsicherheit über die ordnungsgemäße Bauausführung hinsichtlich der Standsicherheit (§ 61 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 LBO),
2. bei Bauvorhaben nach § 66 Abs. 2 Satz 1 LBO eine Bescheinigung der Person, die in die Liste nach § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 des Architekten- und Ingenieurkammergesetzes eingetragen ist, über die ordnungsgemäße Bauausführung hinsichtlich der Standsicherheit (§ 61 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 LBO), bei
3. Bauvorhaben nach § 66 Abs. 3 Satz 3 LBO (z.B. Sonderbauten, Mittel- und Großgaragen) eine Bescheinigung der Prüflingenieurin oder des Prüflingenieurs für Brandschutz oder der durch die Bauaufsichtsbehörde bestimmten Person über die ordnungsgemäße Bauausführung hinsichtlich des Brandschutzes (§ 61 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 LBO),
4. in den Fällen des § 66 Abs. 2a Satz 1 LBO (Gebäude der Gebäudeklasse 4, ausgenommen Sonderbauten sowie Mittel- und Großgaragen) die jeweilige Bestätigung (§ 82 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 LBO).

VI. Anlagen nach der Bauvorlagenverordnung (BauVorVO)

(Im Genehmigungsverfahren (§ 62 LBO) sind die Bauvorlagen bei der Gemeinde (2-fach) einzureichen.)

- ☒ Übersichtsplan im Maßstab 1:2000 oder 1:1000 als Auszug aus der Liegenschaftskarte (§ 3 Nr. 1 BauVorVO)
- ☒ Lageplan im Maßstab nicht kleiner als 1:500 auf der Grundlage der Liegenschaftskarte (§ 3 Nr. 1 i.V. mit § 7 Abs. 2 BauVorVO)
- ☒ Angaben über die gesicherte Erschließung (§ 3 Nr. 6 BauVorVO)
- ☒ Nachweis der Regelung für notwendige Stellplätze und Garagen, Abstellanlagen für Fahrräder
- ☒ Berechnungen des Maßes der baulichen Nutzung (§ 3 Nr. 7 BauVorVO; §§ 16, 18 bis 21 BauVorVO)
- ☒ Bauzeichnungen (§ 8 BauVorVO) Blatt 5
- ☒ Bau- und Betriebsbeschreibung (§ 9 BauVorVO)
- ☒ Darstellung der Grundstücksentwässerung (§ 7 Abs. 3 Nr. 6 BauVorVO)
- ☒ Erklärung der Aufstellerin oder des Aufstellers der bautechnischen Nachweise auf gesondertem Vordruck
- ☒ Standsicherheitsnachweis (§ 10 BauVorVO)
- ☒ Brandschutznachweis (§ 11 BauVorVO)
- ☐ Nachweis für Wärme-, Schall-, Erschütterungsschutz (§ 12 BauVorVO)
- ☐ Die prüfpflichtigen bautechnischen Nachweise werden nachgereicht. Mir ist bekannt, dass die geprüften bautechnischen Nachweise zehn Werktage vor Baubeginn bei der Bauaufsichtsbehörde vorliegen müssen (§ 72 Abs. 6 Satz 1 Nr. 2, Satz 2 LBO).
- ☐ Nachweis im Fall öffentlicher Förderung (erforderlich für die Ermittlung der Baugebühr)
- ☐ Berechnung der anrechenbaren Kosten im Fall von Umbauten und baulichen Anlagen, die keiner der in der Anlage 2 der Baugebührenverordnung aufgeführten Gebäudearten zuzuordnen sind
- ☒ Statistischer Erhebungsbogen

Anlagen für Werbeanlagen (§ 4 BauVorVO)

- ☐ Auszug aus der Liegenschaftskarte im Maßstab nicht kleiner als 1:500 mit Einzeichnung des Standortes
- ☐ Zeichnung der Werbeanlage mit Maßen
- ☐ Lichtbild/Lichtbildmontage
- ☐ Nachweis der Standsicherheit, soweit er bauaufsichtlich zu prüfen ist.

Beseitigung von Anlagen (§ 6 BauVorVO)

- ☐ Lageplan im Maßstab 1:500 mit Darstellung der zu beseitigenden Anlage (§ 6 BauVorVO)
- ☐ Bestätigung der Standsicherheit nach § 61 Abs. 3 Satz 5 LBO
- ☐ Standsicherheitsnachweis, soweit eine bauaufsichtliche Prüfung nach § 61 Abs. 3 Satz 6 LBO erforderlich ist

Ort, Datum

Sylt, den 24.02.2023

Unterschrift der Bauherrin/des Bauherrn



Zutreffendes bitte ankreuzen	Erklärung der Aufstellerin oder des Aufstellers der bautechnischen Nachweise aus der Liste nach § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 des Architekten- und Ingenieurkammergesetzes		1. Ausfertigung für Bauaufsichtsbehörde 2. Ausfertigung für Bauherrin/Bauherrn 3. Ausfertigung für die Akte																												
	Aufstellerin oder Aufsteller der bautechnischen Nachweise																														
	Name Volquardsen Ingenieur GmbH/Dipl.-Ing. Großmann		Vorname Klaus																												
	Adresse (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort) Dirk-Brodersen-Straße 5; 25980 Sylt																														
	Telefon (mit Vorwahl) 04651 - 82180	Telefax -/-	E-Mail (freiwillig) info@sylt-statik.de																												
Bezeichnung der Baumaßnahme Errichtung, Änderung, Nutzungsänderung, Erweiterung, Nebenanlagen																															
Besichtigung und Neubau einer Strandversorgung am Lister Oststrand "Lister Austernperle"																															
Baugrundstück																															
Straße, Hausnummer Mannemorsumtal 333c		Postleitzahl 25992	Gemeinde List auf Sylt																												
Gemarkung List		Flur 3	Flurstück 904+905																												
<p>I. Bei der/den baulichen Anlage(n), für das/die ich den Standsicherheitsnachweis gefertigt habe, handelt es sich ausschließlich um (ein) Wohngebäude der Gebäudeklasse 1 oder 2. <input checked="" type="checkbox"/></p> <p>(Hinweis: Handelt es sich um ein entsprechendes Wohngebäude, so ist die abschließende Erklärung unter Ziffer IV mit "nein" zu beantworten.)</p> <p>II. Bei der/den baulichen Anlage(n), für das/die ich den Standsicherheitsnachweis gefertigt habe, handelt es sich um (einen) Sonderbau(n) oder (ein) Gebäude der Gebäudeklasse 4 oder 5. <input type="checkbox"/></p> <p>(Hinweis: Handelt es sich um einen Sonderbau oder ein Gebäude der Gebäudeklasse 4 oder 5, so ist die abschließende Erklärung unter Ziffer IV mit "ja" zu beantworten.)</p> <p>III. Bei dem/den Gebäude(n), der/den baulichen Anlage(n) oder der/den sonstigen Anlage(n), für das/die ich den Standsicherheitsnachweis gefertigt habe, handelt es sich um (ein) Vorhaben nach § 66 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 Buchst. a, b oder c der Landesbauordnung (LBO). <input type="checkbox"/></p> <p>(Hinweis: Handelt es sich um vorstehende bauliche Anlage(n) oder Gebäude, sind nachstehende Erklärungen zu beantworten. Wenn alle unter den Nummern 1 bis 8 abgegebenen Erklärungen mit "ja" beantwortet werden, ist die abschließende Erklärung unter Ziffer IV mit "nein" zu beantworten. Wird mindestens eine der Nummern 1 bis 8 mit "nein" beantwortet, ist die abschließende Erklärung unter Ziffer IV mit "ja" zu beantworten.)</p> <p>Erklärung nach Maßgabe des Kriterienkataloges der Anlage 2 zur Bauvorschriftenverordnung:</p> <table border="0"> <thead> <tr> <th></th> <th>ja</th> <th>nein</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>1. Die Baugrundverhältnisse sind eindeutig und erlauben eine übliche Flachgründung entsprechend der Norm DIN 1054. Die Gründung erfolgt nicht auf setzungsempfindlichem Baugrund.</td> <td><input type="checkbox"/></td> <td><input type="checkbox"/></td> </tr> <tr> <td>2. Bei erddruckbelasteten baulichen Anlagen beträgt die Höhendifferenz zwischen Gründungssohle und Erdoberfläche maximal 4 m. Einwirkungen aus Wasserdruk müssen rechnerisch nicht berücksichtigt werden.</td> <td><input type="checkbox"/></td> <td><input type="checkbox"/></td> </tr> <tr> <td>3. Angrenzende bauliche Anlagen und öffentliche Verkehrsflächen werden nicht beeinträchtigt. Nachzuweisende Unterfangungen oder Baugrubensicherungen sind nicht erforderlich.</td> <td><input type="checkbox"/></td> <td><input type="checkbox"/></td> </tr> <tr> <td>4. Die tragenden und aussteifenden Bauteile gehen im Wesentlichen bis zu den Fundamenten unversetzt durch. Ein rechnerischer Nachweis der Aussteifung der baulichen Anlagen, auch für Teilbereiche, ist nicht erforderlich. Ausgenommen von dem Kriterium nach Satz 2 sind freistehende eingeschossige landwirtschaftlich und forstwirtschaftlich genutzte Gebäude ohne Aufenthaltsräume und ohne regelmäßigen Personenverkehr bis zu 7,50 m Firsthöhe und bis zu 800 m² Grundfläche.</td> <td><input type="checkbox"/></td> <td><input type="checkbox"/></td> </tr> <tr> <td>5. Die Geschossdecken sind linienförmig gelagert und dürfen für gleichmäßig verteilte Lasten (kN/m²) und Linienlasten aus nichttragenden Wänden (kN/m) bemessen werden. Geschossdecken ohne ausreichende Querverteilung erhalten keine Einzellasten. Es liegt keine Mittelgarage vor.</td> <td><input type="checkbox"/></td> <td><input type="checkbox"/></td> </tr> <tr> <td>6. Die Bauteile der baulichen Anlage oder die bauliche Anlage selbst können mit einfachen Verfahren der Baustatik berechnet oder konstruktiv festgelegt werden. Räumliche Tragstrukturen müssen rechnerisch nicht nachgewiesen werden. Besondere Stabilitäts-, Verformungs- und Schwingungsuntersuchungen sind nicht erforderlich. Die Spannweite der Traglieder beträgt maximal 12 m.</td> <td><input type="checkbox"/></td> <td><input type="checkbox"/></td> </tr> <tr> <td>7. Außergewöhnliche sowie dynamische Einwirkungen sind nicht vorhanden. Beanspruchungen aus Erdbeben müssen rechnerisch nicht verfolgt werden.</td> <td><input type="checkbox"/></td> <td><input type="checkbox"/></td> </tr> <tr> <td>8. Besondere Bauarten wie zum Beispiel Spannbetonbau, Verbundbau, geklebte Holzkonstruktionen, geschweißte Aluminiumkonstruktionen, tragende Glaskonstruktionen und Selbsttragwerke werden nicht angewendet.</td> <td><input type="checkbox"/></td> <td><input type="checkbox"/></td> </tr> </tbody> </table> <p>IV. Abschließende Erklärung Der Standsicherheitsnachweis muss durch eine Prüferin/Prüfer oder einen Prüfer/Prüferin für Standsicherheit oder ein Prüfstab für Standsicherheit bauaufsichtlich geprüft werden. <input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/></p>				ja	nein	1. Die Baugrundverhältnisse sind eindeutig und erlauben eine übliche Flachgründung entsprechend der Norm DIN 1054. Die Gründung erfolgt nicht auf setzungsempfindlichem Baugrund.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	2. Bei erddruckbelasteten baulichen Anlagen beträgt die Höhendifferenz zwischen Gründungssohle und Erdoberfläche maximal 4 m. Einwirkungen aus Wasserdruk müssen rechnerisch nicht berücksichtigt werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	3. Angrenzende bauliche Anlagen und öffentliche Verkehrsflächen werden nicht beeinträchtigt. Nachzuweisende Unterfangungen oder Baugrubensicherungen sind nicht erforderlich.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	4. Die tragenden und aussteifenden Bauteile gehen im Wesentlichen bis zu den Fundamenten unversetzt durch. Ein rechnerischer Nachweis der Aussteifung der baulichen Anlagen, auch für Teilbereiche, ist nicht erforderlich. Ausgenommen von dem Kriterium nach Satz 2 sind freistehende eingeschossige landwirtschaftlich und forstwirtschaftlich genutzte Gebäude ohne Aufenthaltsräume und ohne regelmäßigen Personenverkehr bis zu 7,50 m Firsthöhe und bis zu 800 m² Grundfläche.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	5. Die Geschossdecken sind linienförmig gelagert und dürfen für gleichmäßig verteilte Lasten (kN/m²) und Linienlasten aus nichttragenden Wänden (kN/m) bemessen werden. Geschossdecken ohne ausreichende Querverteilung erhalten keine Einzellasten. Es liegt keine Mittelgarage vor.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	6. Die Bauteile der baulichen Anlage oder die bauliche Anlage selbst können mit einfachen Verfahren der Baustatik berechnet oder konstruktiv festgelegt werden. Räumliche Tragstrukturen müssen rechnerisch nicht nachgewiesen werden. Besondere Stabilitäts-, Verformungs- und Schwingungsuntersuchungen sind nicht erforderlich. Die Spannweite der Traglieder beträgt maximal 12 m.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	7. Außergewöhnliche sowie dynamische Einwirkungen sind nicht vorhanden. Beanspruchungen aus Erdbeben müssen rechnerisch nicht verfolgt werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	8. Besondere Bauarten wie zum Beispiel Spannbetonbau, Verbundbau, geklebte Holzkonstruktionen, geschweißte Aluminiumkonstruktionen, tragende Glaskonstruktionen und Selbsttragwerke werden nicht angewendet.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Ort, Datum Sylt, den 24.02.2023	Unterschrift Dirk-Brodersen-Straße 5 25980 Sylt, 0465182180 info@sylt-statik.de
	ja	nein																													
1. Die Baugrundverhältnisse sind eindeutig und erlauben eine übliche Flachgründung entsprechend der Norm DIN 1054. Die Gründung erfolgt nicht auf setzungsempfindlichem Baugrund.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																													
2. Bei erddruckbelasteten baulichen Anlagen beträgt die Höhendifferenz zwischen Gründungssohle und Erdoberfläche maximal 4 m. Einwirkungen aus Wasserdruk müssen rechnerisch nicht berücksichtigt werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																													
3. Angrenzende bauliche Anlagen und öffentliche Verkehrsflächen werden nicht beeinträchtigt. Nachzuweisende Unterfangungen oder Baugrubensicherungen sind nicht erforderlich.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																													
4. Die tragenden und aussteifenden Bauteile gehen im Wesentlichen bis zu den Fundamenten unversetzt durch. Ein rechnerischer Nachweis der Aussteifung der baulichen Anlagen, auch für Teilbereiche, ist nicht erforderlich. Ausgenommen von dem Kriterium nach Satz 2 sind freistehende eingeschossige landwirtschaftlich und forstwirtschaftlich genutzte Gebäude ohne Aufenthaltsräume und ohne regelmäßigen Personenverkehr bis zu 7,50 m Firsthöhe und bis zu 800 m² Grundfläche.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																													
5. Die Geschossdecken sind linienförmig gelagert und dürfen für gleichmäßig verteilte Lasten (kN/m²) und Linienlasten aus nichttragenden Wänden (kN/m) bemessen werden. Geschossdecken ohne ausreichende Querverteilung erhalten keine Einzellasten. Es liegt keine Mittelgarage vor.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																													
6. Die Bauteile der baulichen Anlage oder die bauliche Anlage selbst können mit einfachen Verfahren der Baustatik berechnet oder konstruktiv festgelegt werden. Räumliche Tragstrukturen müssen rechnerisch nicht nachgewiesen werden. Besondere Stabilitäts-, Verformungs- und Schwingungsuntersuchungen sind nicht erforderlich. Die Spannweite der Traglieder beträgt maximal 12 m.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																													
7. Außergewöhnliche sowie dynamische Einwirkungen sind nicht vorhanden. Beanspruchungen aus Erdbeben müssen rechnerisch nicht verfolgt werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																													
8. Besondere Bauarten wie zum Beispiel Spannbetonbau, Verbundbau, geklebte Holzkonstruktionen, geschweißte Aluminiumkonstruktionen, tragende Glaskonstruktionen und Selbsttragwerke werden nicht angewendet.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																													



Nachweis Küstenschutz

Bauvorhaben	Beseitigung und Neubau einer Strandversorgung am Lister Oststrand „Lister Austerperle“ Mannemorsumtal 333c 25992 List auf Sylt
Bauherr	Gemeinde List auf Sylt vert. d.d. Kurverwaltung List auf Sylt vert. d.d. Kurdirektorin Maiken Neubauer Landwehrdeich 1 25992 List auf Sylt

Nachweis der Hochwassersicherheit

Die Podesthöhe von 6,00m üNN wurde im Bebauungsplan Nr. 48 festgelegt.
Im Rahmen des Aufstellungsverfahrens für den vorgenannten Bebauungsplan wurde sich bereits hinreichend mit der Hochwassersicherheit des Gebäudes befasst.

Nachweis der Standsicherheit auch bei Küstenrückgang

Die gewählte Einbindetiefe der Pfähle wird durch den Tragwerksplaner mit 7,00m angesetzt. Es wurden für die Pfahlbemessung ein Freispülen bis zum Einspannhorizont berechnet. Ein Sandverlust von 3,50 wurde berücksichtigt. Es liegt im Interesse der Gemeinde das vorhandene Strandprofil zu erhalten.

Transportwege für den Bau

Als Transportweg wird das vorhandene Uferdeckwerk genutzt.
Die Zufahrt auf das Uferdeckwerk erfolgt über den nördlichen Abzweiger der Straße Mannemorsumtal oder den Standzugang im Frischwassertal bzw. Werner-Schöne-Straße. Über diese Zugänge wurde auch schon das bestehende Gebäude errichtet und hat sich als schwerlastfähig erwiesen.
Durch den Baustellenbetrieb kann es zeitweise zu Einschränkungen auf der Promenade durch Lieferverkehr kommen. Um die Einschränkungen für Passanten zu minimieren, soll der Anlieferverkehr für die Baustelle nach Möglichkeit morgens erfolgen. Unabhängig von der Baumaßnahme ist eine Sanierung des Uferdeckwerkes geplant.



Transportwege für die Bewirtschaftung

Die Anlieferung von Waren und die Entsorgung von Müll erfolgt täglich durch Kleintransporter des Pächters. Im Bedarfsfall auch mehrmals täglich. Die An- und Abfahrt der Fahrzeuge erfolgt über das nördlich gelegene Uferdeckwerk. Das Uferdeckwerk ist mit einem entsprechenden Asphaltbelag vorhanden. Die Zufahrt auf das Uferdeckwerk erfolgt über die Straße Mannemorsumtal.

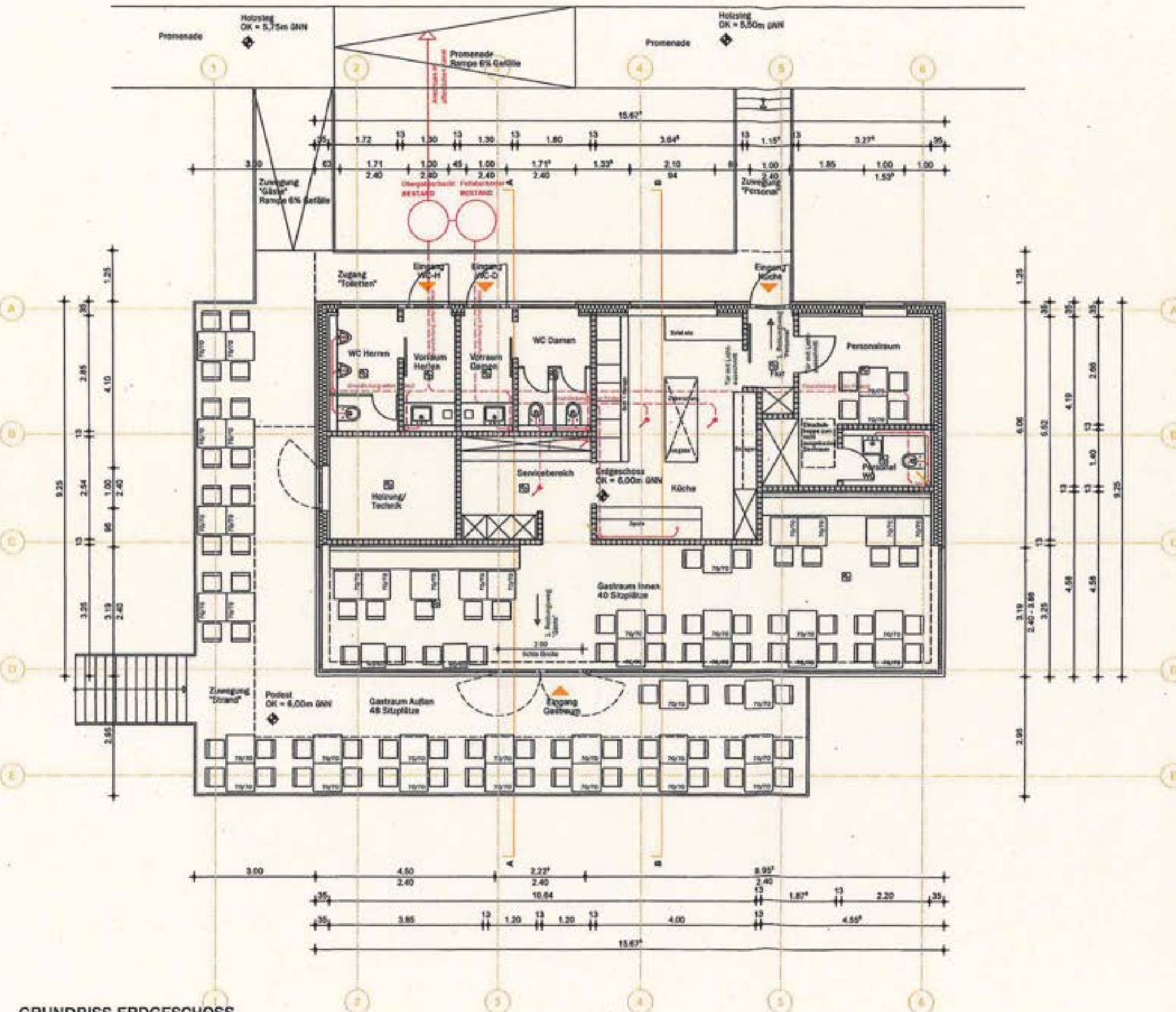
Ver- und Entsorgung

Der neuen Anschluss der Ver- und Entsorgungsleitungen erfolgt im Podestbereich (unterhalb des Personalraums). Die vorhandenen Schachtbauwerke, wie Übergabeschacht und Fettabscheider, sollen nach Möglichkeit erhalten bleiben um Eingriffe in die Natur zu minimieren. Der Deckel der vorhandenen Schächte ist auf die Höhenlage der Promenade (5,50m üNN) anzupassen.

Auswirkungen auf den Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer

Die Hochfrequenzramme ist bekannterweise die umweltverträglichste Methode um die Stahlpfähle in den vorhandenen Boden einzubringen und wurde bereits mehrfach an den Sylter Küsten ausgeführt.

Aufgestellt am 24.02.2023 MS



Gebäudeklassen
 ≤ 40 Sitzplätze ist Gebäude kein Sonderbau sondern Gebäudeklasse 1a

Stellplatzanforderung 6.1
 Gaststätten von örtlicher Bedeutung
 1 Stellplatz je 8-12 Sitzplätze - 75% für Besucher
 Bedarf 4-5 Stellplätze
 Die benötigten Stellplätze werden auf dem Flurstück 503 nachgewiesen.

barrierefreie Toilettenanlage
 Die barrierefreie Toilettenanlage befindet sich im Funktionsgebäude auf der gegenüberliegenden Promadenasse.



KNUTH+SCHILL Architekten Part mbB
 Schulweg 8c
 25980 Sylt

Plan
 Bauantrag
 GRUNDRISS ERDGESCHOSS

Maßstab 1:100

Bauvorhaben
 Beseitigung und Neubau einer Strandversorgung
 am Lister Oststrand "Lister Austerperle"
 Mannemorsumtal 333c
 25992 List auf Sylt

Bauherr
 Gemeinde List auf Sylt
 vertr. d.d. Kurverwaltung List auf Sylt
 vertr. d.d. Kurdirektorin Maiken Neubauer
 Landwehrdeich 1
 25992 List auf Sylt

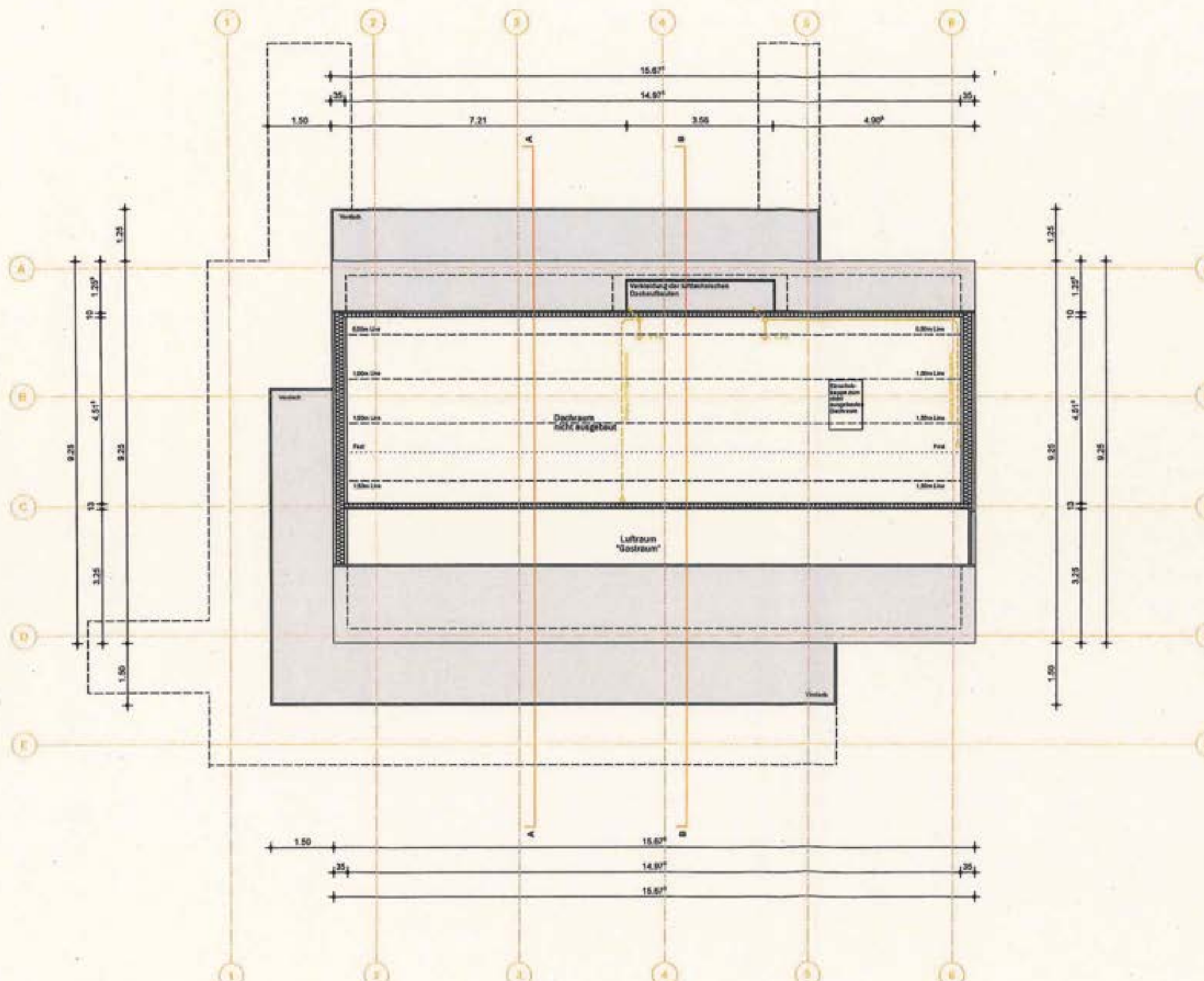
[Signature]
 Bauherr

[Signature]
 Architekt

Sylt, den 24.02.2023

Sylt, den 24.02.2023

Anlage 01
 zur Genehmigungs-Nr.
 5152.22-Sylt/1078-2023.01



GRUNDRISS DACHRAUM



KNUTH+SCHILL Architekten Part mbB
Schulweg 8c
25980 Sylt

Plan
Bauantrag
GRUNDRISS DACHRAUM

Maßstab 1 | 100

Bauvorhaben
Beseitigung und Neubau einer Strandversorgung
am Lister Oststrand "Lister Austerperle"
Mannemorsumtal 333c
25992 List auf Sylt

Bauherr
Gemeinde List auf Sylt
vertr. d.d. Kurverwaltung List auf Sylt
vertr. d.d. Kurdirektorin Maiken Neubauer
Landwehrdeich 1
25992 List auf Sylt

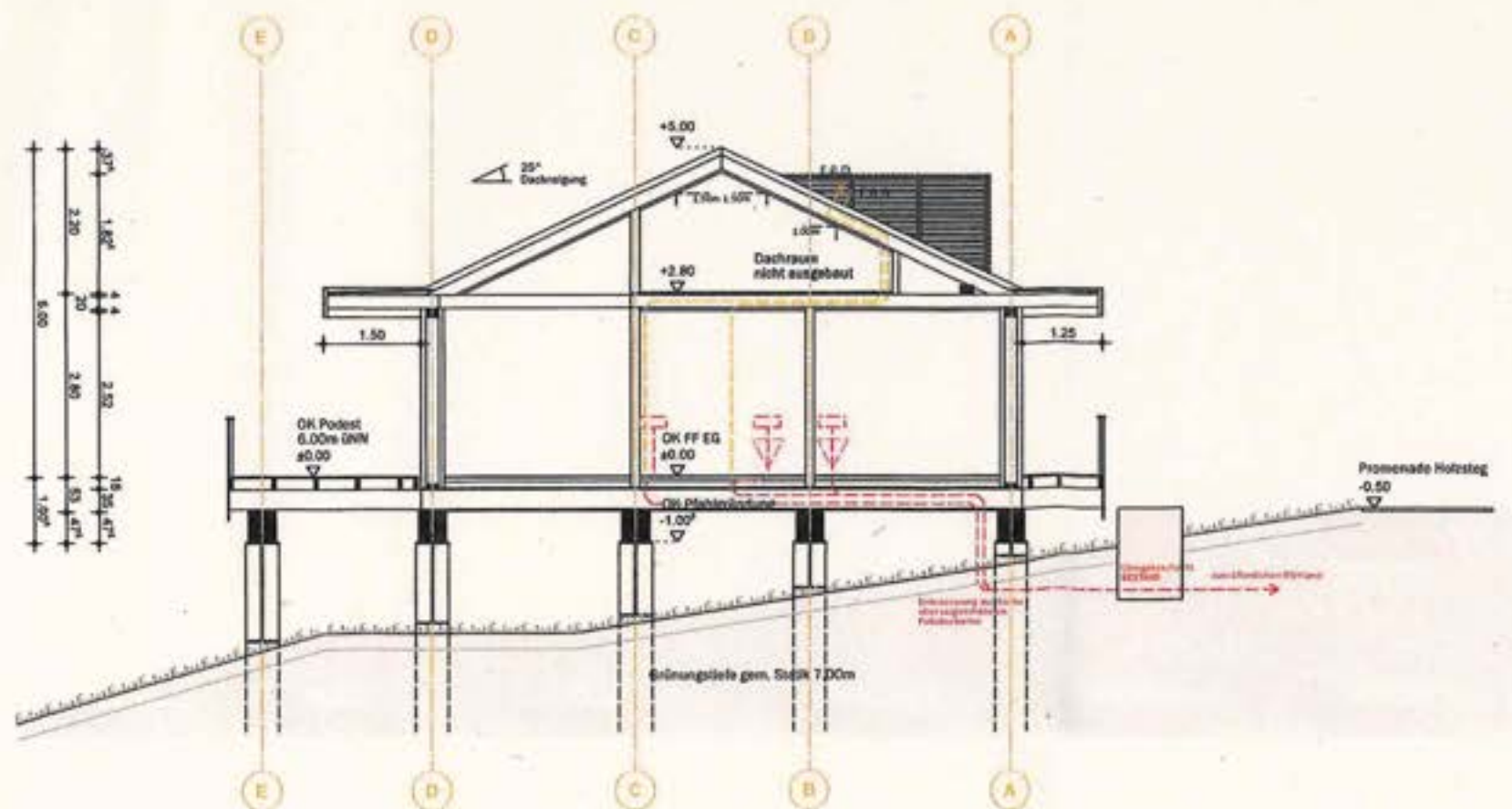
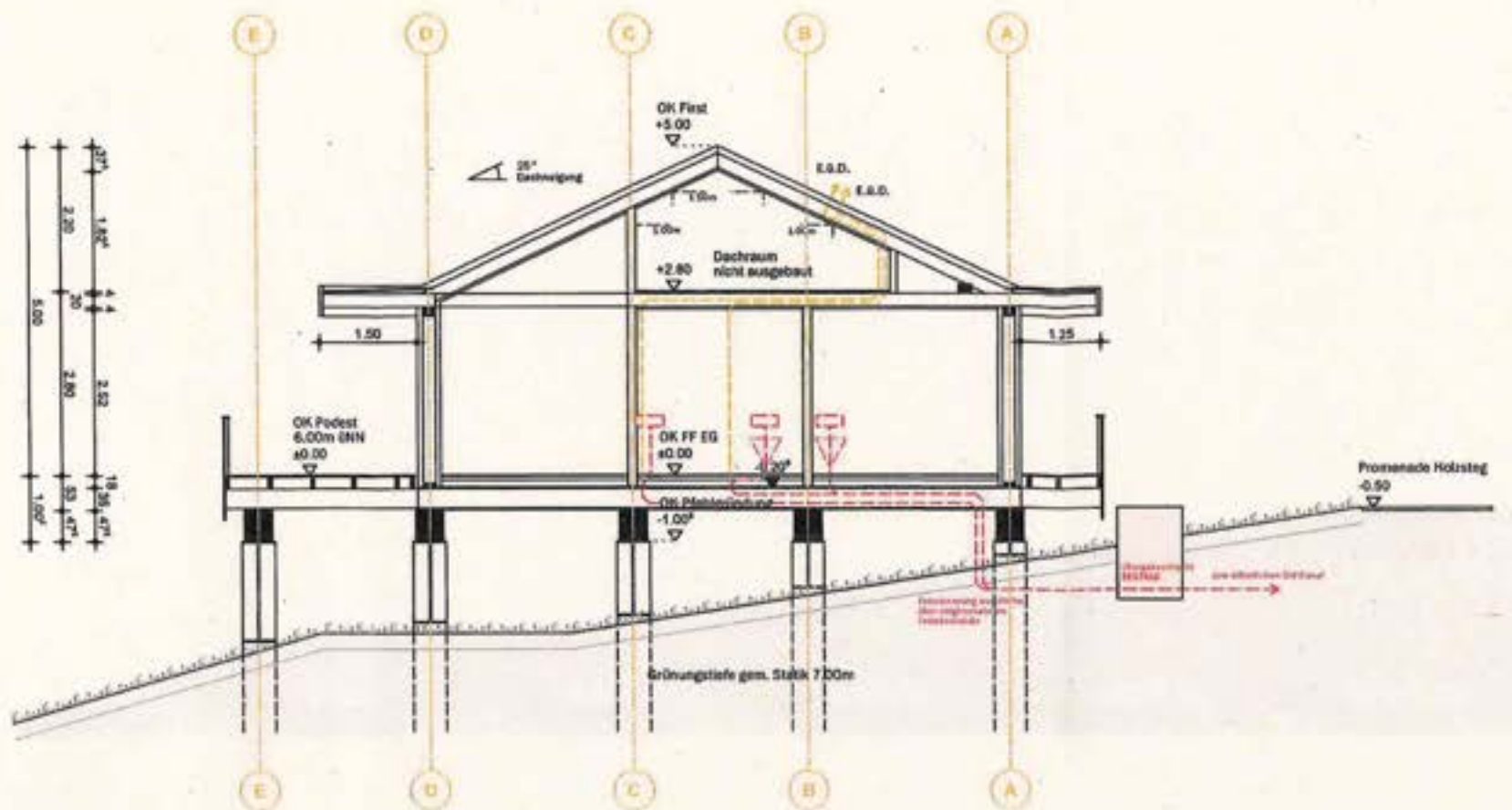
[Signature]
Bauherr

[Signature]
Architekt

Sylt, den 24.02.2023

Sylt, den 24.02.2023

Anlage 04
zur Genehmigungs-Nr.
5152.22-54/078-2023-0



KNUTH+SCHILL Architekten Part mbB
Schulweg 8c
25980 Sylt

Plan
Bauantrag
SCHNITT A-A, B-B

Maßstab 1:100

Bauvorhaben
Besetzung und Neubau einer Strandversorgung
am Lister Oststrand "Lister Austernperle"
Mannemorsumtal 333c
25992 List auf Sylt

Bauherr
Gemeinde List auf Sylt
vertr. d.d. Kurverwaltung List auf Sylt
vertr. d.d. Kurdirektorin Maiken Neubauer
Landwehrdeich 1
25992 List auf Sylt

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

Bauherr

Architekt

Sylt, den 24.02.2023

Sylt, den 24.02.2023

Anlage 01
zur Genehmigungs-Nr.
545222-541078-2023-01



Bestandungsplan Nr. 12 des Gemeinde-LiA auf Sylt
Grundstückgröße
ca. 1.170m²
absehbende Regelung

Grundstück:
Katholikend
List
List
904-903



KWUTH+BOHLL Architekten Part mbH
Schulweg 30
25992 Sylt

Plan
Bauantrag
LAGEPLAN
Baustelleneinrichtung
Maßstab 1:500

Beseitigung und Neubau einer Strandversorgung
am List Oststrand "Lister Austerperle"
Mannemorsumtal 333c
25992 List auf Sylt

Gemeinde List auf Sylt
vertr. d.d. Kurverwaltung List auf Sylt
vertr. d.d. Kurdirektorin Maliken Neubauer
Landwehrdeich 1
25992 List auf Sylt

Sylt, den 01.08.2023

Anlage 02
zur Genehmigungs-Nr.

545222-541078-2023_01



Kempfert Geotechnik GmbH · Grasweg 26a · 24118 Kiel

Kurverwaltung List auf Sylt
Landwehrdeich 1
25992 List auf Sylt

Kempfert Geotechnik GmbH
Niederlassung Kiel
Grasweg 26a
24118 Kiel

Fon 0431 5560839-0
Fax 0431 5560839-9
Mail ki@kup-geotechnik.de

Dr. Gregor Overbeck
0431 5560839-1
g.overbeck@kup-geotechnik.de

Projektnummer: KI 682.0/23

Datum: 16.10.2023

Registergericht
Amtsgericht Hamburg
HRB 109428

Ust.-Identnummer
DE264813170

Geschäftsführer
und Prokuristen
Dipl.-Ing. Heiko Vierck
Dr.-Ing. Patrick Becker
Dr. Gregor Overbeck (ppa.)

Partner
Prof. Dr.-Ing. Jan Lüking

Arbeitsschwerpunkte
Erkunden
Beraten
Planen
Überwachen
Prüfen
Messen

Kempfert + Partner Gruppe
Hamburg
Kiel
Würzburg
Konstanz

Anerkannte Sachverständige
Dr.-Ing. U. Berner¹
Dr. Gregor Overbeck¹
Dr.-Ing. M. Raithe^{1,2}
Dipl.-Ing. H. Vierck¹

Öffentlich bestellt und vereidigt¹
Prüfsachverständiger²
Eisenbahn-Bundesamt³

Information
www.kup-geotechnik.de

Zertifiziert nach ISO 9001:2015

BV List, Austernperle, Neubau Strandversorgung Ost
Geotechnische Stellungnahme Nr. 01 – Erkundung Deckwerk, Kurzbericht
Ortstermin vom 15.08.2023

1 Veranlassung und Unterlagen

Die Kurverwaltung List auf Sylt plant den Neubau der Strandversorgung Ost. Diese sogenannte Austernperle wird nahezu an gleicher Stelle wie die derzeit vorhandene Strandversorgung Ost aufgebaut, jedoch rückt sie mit ihrer nordwestlichen Seite ca. 3,5 m näher an die Deichkrone heran. Nach Abbruch des Altbestandes soll der Neubau auf Pfählen tiefgegründet werden. Hierfür liegt der Geotechnische Bericht der Prof. Burmeier Ingenieurgesellschaft (BIG), Projekt-Nr. 80 031 vom 08.03.2017, vor. Weiterhin sind verschiedene Pläne, Lageplan etc. der Architekten Knuth + Schill Architekt Part mbH, Schulweg 8c, 25980 Sylt, als Unterlage vorhanden.

Entsprechend des vorliegenden E-Mail-Verkehrs wird vom Landesbetrieb Küsten- und Naturschutz (LKN. SH) vermutet, dass im Bereich des Bauvorhabens ein Asphaltdeckwerk des Küstenschutzdeiches vorliegt, siehe Schreiben vom 02.05.2023, LKN. SH. Das vorhandene Gebäude der Strandversorgung ist auf Pfählen tiefgegründet, somit ist nur die nach Nordwesten hin geplante Erweiterung hinsichtlich eines möglichen Asphaltdeckwerkes zu untersuchen. In Abstimmung mit den planenden Architekten Knuth + Schill (k + S) fand am 15.08.2023 ein Ortstermin statt, an dem Erkundungsarbeiten durchgeführt wurden. Nachfolgend wird hierzu Stellung genommen.

2 Erkundungsarbeiten

Am o. g. Termin wurden in Absprache mit dem planenden Architekturbüro, Frau Knuth, die Ansatzpunkte zur Erkundung der Asphaltdeckschicht festgelegt. Entsprechend der vorliegenden Unterlagen reicht der Neubau nun ca. 3,5 m weiter an die Deichkrone heran. Es wurde daher in einem Abstand von 3,50 m des derzeit noch bestehenden Austernperle-Gebäudes 1 Kleinrammbohrung in etwa in der äußeren nordöstlichen Gebäudeflucht

abgeteuft. Eine weitere Kleinrammbohrung wurde in gleicher Entfernung im Bereich des derzeit vorhandenen Zuganges von dem Umgangspodest ausgeführt. Diese Podesthöhe wurde als Bezugshöhe mit einer Höhe von 0,0 m verwendet. Weiterhin wurde außerhalb des geplanten Gebäudegrundrisses in ca. 5 m Abstand in nordwestlicher Richtung der derzeit vorhandenen Strandversorgung die Bohrsondierung BS3 ausgeführt.

Ergänzend wurden 2 Handschachtungen im Bereich einer vermuteten Betonplatte ausgeführt. Diese lagen in etwa 6,50 m von der Podestaußenkante der derzeitigen Strandversorgung entfernt innerhalb des dort vorhandenen Dünenbereiches, siehe hierzu die Bilder auf Anlage 3.

Die ungefähren Ansatzstellen aller Erkundungspunkte sind auf Anlage 2 übersichtsmäßig dargestellt. Hinter der Bohrbezeichnung ist die Höhe bezogen auf das Umgangspodest der vorhandenen Austerperle angegeben. Auf Anlage 3 sind auf Bild 1 übersichtsmäßig die derzeit vorhandene Strandperle und das vermutete Deckwerk als Übersichtsbild dargestellt. Auf Bild 2 ist der Ansatzpunkt BS1, der sich in der nordöstlichen Gebäudefluchtverlängerung befindet, dargestellt.

3 Ergebnisse

Die beiden Bohrsondierungen BS1 und BS2, die in ca. 3,50 m in Richtung Nordwesten vor dem Bestandsgebäude entfernt ausgeführt wurde, waren keine Hindernisse festzustellen. Es wurde an diesen beiden Punkten jeweils bis 7,50 m unter derzeitigem Gebäude, d. h. bis ca. 8,70 m unter derzeitigem Podest Austerperle, sondiert. Ob das bei der BS 2 in 3,50 m erkundete Material Kies / Beton ein Hinweis auf ein mögliches Deckwerk ist, können wir nicht abschließend beurteilen. Die typischen Asphaltabdeckungen konnten nicht festgestellt werden. Unterhalb dieser Tiefe in 3,50 m konnte jedoch wieder der übliche Strandsand erkundet werden.

In ca. 4 m Abstand von der südwestlichen Gebäudeflucht und insgesamt in 5 m Abstand von dem Umgangspodest der derzeitigen Austerperle wurde die BS3 ausgeführt. Bei dieser wurde in ca. 1,80 m unter Gelände, d. h. ca. 3 m unter derzeitiger Podesthöhe, ein Hindernis festgestellt, was nicht durchörtert werden konnte. Hier wird es sich vermutlich um das Deckwerk handeln.

Die ergänzenden Handschachtungen HS1 und HS2 wurden mit dem planenden Architekturbüro abgestimmt. In dem derzeitigen mit Strandhafer bewachsenen Bereich zwischen Umgang Strandversorgung und Deichwanderweg wurden bis in eine Tiefe von 1,60 m unter Gelände, d. h. bis ca. 2 m unter Podesthöhe keine Hindernisse gefunden. Ob dies Hinweise darauf sind, dass keine Betonplatten vorhanden sind, kann damit nicht eindeutig beurteilt werden. Ein Hinweis gab jedoch der derzeitige Betreiber der Austerperle durch ein Foto von 1995, auf dem keine Betonplatten zu sehen waren.

4 Zusammenfassung

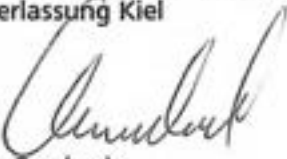
Aufgrund der Möglichkeit, dass bei dem Neubau der Strandversorgung Ost / Austerperle durch die geplante Tiefgründung das im Untergrund ggf. vorhandene Deckwerk beschädigt wird, wurden im Auftrag der Kurverwaltung List Baugrundaufschlüsse ausgeführt. Diese zeigen, dass im Bereich des geplanten Neubaus, der ca. 3,50 m weiter Richtung Nordwesten mit seiner Außenkante geplant ist als die derzeit geplante Strandversorgung Ost, offenbar kein Deckwerk mehr vorhanden ist. Mit einem Aufschluss ca. 1,50 m weiter in nordwestliche Richtung wurde in 1,80 m unter Gelände offenbar das Deckwerk erkundet.

Mit Blick auf die vorhandene Tiefgründung der Austerperle ist davon auszugehen, dass im Bereich des erkundeten Neubaus hier kein Deckwerk vorhanden ist.

Für Rückfragen und weiteren Beratungen stehen wir jederzeit zur Verfügung.

Kempfert Geotechnik GmbH
Niederlassung Kiel

ppa.



Dr. G. Overbeck

Anlagen

Anlage 1

Lageplan

Anlage 2

Erkundungsplan

Anlage 3

Fotodokumentation

Anlage 1

Lageplan



Plangrundlage: Topographische Karte 1:25.000 Schleswig-Holstein/Hamburg

Legende:



Untersuchungsgebiet

BV List auf Sylt, Austerperle
Geotechnische Stellungnahme
Übersichtslageplan

Kempfert + Partner
Geotechnik

Kempfert Geotechnik GmbH
Grasweg 26a
D-24118 Kiel
www.kup-geotechnik.de

Maßstab: ohne
Az.: KI 682.0/21
Datum: 18.09.2023

Anlagen Nr.

1

Anlage 2

Erkundungsplan

Anlage 3

Fotodokumentation

Fotodokumentation aus dem Ortstermin vom 15.08.2023



Bild 1



Bild 2